
SOZIALSTRUKTUR UND WAHLVERHALTEN VON TÜRKEN IN DEUTSCHLAND

*ALMANYA'DA TÜRKLERİN SOSYAL YAPISI VE SEÇMEN
DAVRANIŞI*

Mustafa Acar¹

*Geliş Tarihi: 18.10.2016
(Received)*

*Kabul Tarihi: 21.11.2016
(Accepted)*

Zusammenfassung: Das Wahlverhalten der türkischstämmigen Migranten in Deutschland ist immer ein Diskussionsthema. Wegen des Migrationshintergrunds ist die Wahlentscheidung der eingebürgerten Türken ein komplexer Prozess, weil sie aus einer anderen politischen und sozialen Kultur kommen und ihre Sozialstruktur in Deutschland von dieser Kultur geprägt wird. In diesem Zusammenhang ist die Zielsetzung dieser empirischen Untersuchung, die Wahlentscheidung der türkischstämmigen Wählerschaft nach den wichtigen sozialstrukturellen Indikatoren zu analysieren. Diese Variablen sind das Geschlecht, die Staatsbürgerschaft, das Alter, die berufliche Stellung und der Schulabschluss. Für diese Untersuchung wurde das persönliche (Face-to-Face) Interview als empirische Forschungsmethode ausgewählt. Nach dem empirisch gewonnenen Daten zeigt sich, dass die Türkischstämmigen nach den sozialstrukturellen Indikatoren überwiegend die SPD und Grünen bevorzugen. Für diese Parteipräferenz wird keine große Distanz zwischen diesen Merkmalen gezeigt.

Schlüsselwörter: Sozialstruktur, Wahlverhalten, soziologische Theorie

Öz: Almanya'daki Türk kökenli göçmenlerin seçmen davranışı her zaman bir tartışma konusudur. Oy verme hakkına sahip olan Türklerin siyasi kararları, göçmen kökenli olmalarından dolayı daha karmaşık bir süreçtir, çünkü onlar farklı bir siyasal ve toplumsal kültürden gelmektedirler ve Almanya'da bu kültür tarafından şekillenmiş bir sosyal yapı içerisinde yaşamaktadırlar. Bu bağlamda, Türk kökenli seçmenlerin seçim kararlarının sosyal yapısal göstergelere göre analizi, bu ampirik araştırmanın amacını oluşturmaktadır. Bu göstergeler cinsiyet, vatandaşlık, yaş, mesleki durum ve eğitimidir. Bu çalışma için, yüz yüze anket tekniği ampirik araştırma yöntemi olarak seçilmiştir. Elde edilen ampirik veriler göre, Türk kökenli göçmenlerin belirtilen sosyal yapısal göstergeler bağlamında ağırlıklı olarak SPD ve Yeşiller'i destekledikleri görülmektedir. Ayrıca, tercih edilen bu partilere olan destek, seçilen göstergelere göre büyük bir fark göstermemektedir.

Anahtar Kelimeler: Sosyal Yapı, Seçmen Davranışı, Sosyolojik Teori

¹ Dr. Phil., Türkiye-AB-Almanya Araştırma Merkezi, a.m. acar@web.de, Hamburg, Almanya.

1. EINLEITUNG

Wer wählt wen und warum? Diese Frage steht im Zentrum der Wahlforschung. Es handelt sich bei der Beantwortung dieser Frage um die Persönlichkeitsfaktoren und Umweltfaktoren, d.h., die Wahlentscheidung der Wähler wird von den unterschiedlichen Merkmalen beeinflusst. In diesem Zusammenhang werden die Wahlentscheidungen der Wähler "sowohl von den langfristigen Determinanten wie der Gesellschaftsstruktur, dem politischen System, der Struktur der Öffentlichkeit, der Medien und der Umwelt der Wähler, als auch von kurzfristig-situativen Faktoren wie den Parteien, Kandidaten und politischen Themen" (Schultze, 1991: 11) geprägt. Diese Bestimmungsfaktoren der Wählerentscheidung werden in der Wahlforschung auf die unterschiedlichen Theorien zurückgeführt.

Das Wählerverhalten als vielseitiges Phänomen ist noch komplexer, wenn es sich bei den Türkischstämmigen um die Wahlentscheidung handelt. Türken und eingebürgerten Türken sind eine bedeutendste Teilgruppe innerhalb der deutschen Gesellschaft und ihrer sozialen Strukturen. Sie differenzieren sich von Deutschen durch ihren Migrationshintergrund. „Zu den Menschen mit Migrationshintergrund (im weiteren Sinn) zählen alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (Statistisches Bundesamt, 2010: 6) In diesem Sinne bildet sich die Sozialstruktur der Türken und eingebürgerten Türken in Deutschland durch Migration. Nach Angaben des Außenministeriums „leben in Deutschland fast drei Millionen Bürger türkischer Herkunft und etwas mehr als die Hälfte von ihnen hat die deutsche Staatsangehörigkeit“ (Auswärtiges Amt, 2016).

Seit den langen Jahren werden die politischen Partizipationsmöglichkeiten der türkischen Migranten von Wissenschaftlern, Selbstorganisationen und Gewerkschaften diskutiert. Die Möglichkeiten der politischen, sozialen, beruflichen und kulturellen Teilhabe von Migranten sind wichtige Rahmenbedingungen für Integrationsprozesse, weil die Integration „als die Möglichkeit zur Teilnahme und Teilhabe am Leben angesehen wird“ (Kasdanastassi, 2001: 37). Der Unterschied in den Partizipationsmöglichkeiten und -rechten von Deutschen und Nichtdeutschen liegt hauptsächlich in der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts, von dem Ausländer ausgeschlossen sind, d.h. „das Repräsentationsprinzip gilt für sie nicht“ (Çetinkaya, 2000: 115). Die türkischen Migranten können ihre politischen Rechte nur gewährleisten, wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben.

ben. Die Einbürgerung ist der einzige Weg, um gleichberechtigt an Wahlen und an der politischen Willensbildung teilzuhaben. Ohne deutsche Staatsbürgerschaft ist die Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess begrenzt, weil die Migranten nicht zum Wahlvolk gehören und somit in der Regel von der zentralen demokratischen Mitbestimmungsform ausgeschlossen sind. Andererseits haben sie andere politische Beteiligungsmöglichkeiten, die nicht mehr wie das Wahlrecht diskutiert werden. Diese Möglichkeiten sind die Übernahme von Parteiämtern sowie die Gründung von Partner- und Unterorganisationen deutscher Parteien von Mitgliedern mit Migrationshintergrund seit den 1990er Jahren, oder die Arbeit von kommunalen Ausländerbeiräten. In diesem Zusammenhang ist die politische und soziale Partizipation von Türken in Deutschland ein vielseitiges Phänomen, da „die Zuwanderer türkischer Herkunft in Deutschland die bedeutendste Minderheitengruppe in Bezug auf politische Forderungen sind“ (Duyvene de Wit und Koopmanns, 2001: 29). Grundsätzlich steigt ihre Bedeutung als aktive oder passive Mitgestalter deutscher Politik, weil die Zahl der Wählerschaft türkischer Herkunft weiter steigen wird. Dagegen gibt es keine exakten Daten, wie viele Türken wahlberechtigt sind und wie viele von diesen bei den Bundestags- und Landtagswahlen abstimmen, weil in den Wahltagesbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen und von Infratest nicht nach einer früheren Staatsangehörigkeit gefragt wird. In der repräsentativen Wahlstatistik des Statistischen Bundesamtes werden nur die Merkmale Alter und Geschlecht sowie die Konfession katholisch, evangelisch und keine/sonstige erfasst. Deshalb beruht die Zahl der türkischen Wählerschaft nur auf die Schätzungen. Für die Bundestagswahl 2013 wird „die Zahl der türkischstämmigen Wählerschaft auf 600.000 - 900.000 geschätzt“ (Caligiuri, Dürkop und Neuman, 2013). Wegen der gleichen Gründe gibt es auch keine exakten Daten über die Höhe der Wahlbeteiligung von Deutsch-Türken.

Besonders seit dem Jahr 2002 sind das Wählerpotenzial von Türkischstämmigen und ihr Wahlverhalten ein Diskussionsthema. Im Jahr 2002 hat die SPD mit 6.027 Stimmen die Bundestagswahl gewonnen. Es wurde immer spekuliert, dass die Türkischstämmigen an der Bundestagswahl 2002 die Wahlergebnisse entschieden hätten, dass die wahlberechtigten Türken Schröders „Secret Weapon“² sind und dass sie das Wahlergebnis „weitreichend verzerrt“³ haben. In diesem Sinne ist das Wahlverhalten

2 The Wall Street Journal Europa, Nr.160 vom 19.09.2002, S. A3.

3 Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 259 vom 7.11.2002, S. 10.

von Deutsch-Türken bei allen Bundestagswahlen eine Frage. In diesem Zusammenhang ist die vorliegende empirische Untersuchung mit der Wahlentscheidung der türkischstämmigen Wählerschaft in Deutschland nach den sozialstrukturellen Merkmalen beschäftigt. Bei der Wichtigkeit der sozialstrukturellen Determinanten für die Wahlentscheidung unterscheiden sich die Türken von den Deutschen, weil die Türken von dem Minderheitenstatus und Migrationshintergrund beeinflusst werden. Im Zentrum der vorliegenden empirischen Untersuchung stehen die Fragen, wie die türkischstämmige Wählerschaft nach den klassischen sozialstrukturellen Merkmalen gewählt hat und welche Unterschiede es zwischen diesen Merkmalen gibt.

2. THEORETISCHER HINTERGRUND

Die Theorien des Wählerverhaltens versuchen, die Wählerentscheidungen nach unterschiedlichen Einflussfaktoren zu erklären. „In allen Analysen finden sich jedoch Elemente aller Erklärungssätze, manchmal stark im Vordergrund, manchmal eher im Hintergrund“ (Roth und Wüst, 1998: 125). Der Einfluss der sozialen Unterschiede von Personen auf ihre politische Entscheidung ist eines der wichtigsten Themen der politischen Soziologie. Die verschiedenen Muster der Wahlentscheidung der sozialen Gruppen werden auch als zentrales Schwerpunktthema der Wahlforschung bezeichnet. Im Allgemeinen wird dieser Einfluss der Sozialstruktur auf die Wahlentscheidung über die Durchsichtung statistischer Zusammenhänge zwischen sozialstrukturellen Indikatoren der Wählerschaft empirisch untersucht.

Der Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Merkmalen und der Wahlentscheidung ist eine lange Forschungstradition, die auf dem Buch „The People’s Choice“ von Paul F. Lazarsfeld, Bernard Berelson und Hazel Gaudet basiert und als die soziologische Theorie oder als Columbia-School benannt worden ist. Sie haben eine Panelbefragung als die Forschungsmethode ausgewählt, um die Veränderungen politischer Einstellungen der Befragten hinsichtlich der Präsidentschaftswahl (1940) zu untersuchen. Mit den Ergebnissen dieser Panelbefragung hat Lazarsfeld gezeigt, dass die Wahlentscheidung der Individuen durch das soziale Umfeld, in dem sie leben und arbeiten, beeinflusst wird. Die gleichen sozialen Erfahrungen bringen nach und nach politisch gemeinsames Verhalten hervor.

Nach dem soziologischen Modell von Lazarsfeld werden die Wähler “nach sozioökonomischen Merkmalen charakterisiert und unterschieden sich in ideologischer und politischer Einstellung” (Lazarsfeld, Berelson, und Gaudet, 1969: 51ff.). Im Allgemeinen “wird die soziale Kreis-Theorie

von Georg Himmel als theoretischer Grundgedanke dieser soziologischen Theorie akzeptiert" (Roth und Wüst, 1998: 104). Die sozialstrukturellen Zugehörigkeiten wie sozioökonomischer Status, Konfession, Vereinszugehörigkeit, Beruf, Alter, Geschlecht und Wohnort definieren sich als der soziale Kreis des Menschen und beeinflussen das Wahlverhalten von Menschen, die ohne Probleme mit ihrem sozialen Umfeld leben wollen. Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe verursacht gleiches politisches Verhalten. Wenn die Homogenität und gegenseitige Einflussnahme in einer Gruppe stark sind, kann man die politische Neigung einer Person eher schätzen. „Je fester gefügt die sozialen und/oder kulturellen Milieus, je stärker die Gruppenbindungen, je gleichförmiger folglich auch die durch Meinungsführer vermittelten Informationen sind, desto konstanter ist das Wahlverhalten“ (Schultze, 1991: 12). Das folgende Zitat zeigt den Ausgangspunkt dieser Theorie: „Ein Mensch denkt politisch entsprechend seinem sozialen Sein. Soziale Merkmale bestimmen die politischen Präferenzen“ (Lazarsfeld, Berelson, und Gaudet, 1969: 51). In diesem Zusammenhang bilden sich die Wahlentscheidungen der Wähler entweder durch die Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen oder Verbänden, die Kommunikation mit Meinungsführern usw. und neigen zu einer bestimmten politischen Einstellung oder stehen im Widerspruch zur Umgebung. „Diese Situation bezeichnen Lazarsfeld u.a. als cross-pressures und machten es zum Ziel ihrer Untersuchungen, die Inkonsistenzen und Konflikte zwischen den die Wahlentscheidung beeinflussenden Faktoren, die den Wähler in verschiedene Richtungen drängen, herauszuarbeiten“ (Bürklin und Klein, 1998: 55). Wenn die Wähler „durch inkonsistenteres Wahlverhalten unter cross-pressure“ stehen, haben sie „geringeres politisches Interesse und niedrigere Wahlbeteiligung als der Durchschnitt“ (Falter, 1992: 5). Ein Beispiel für die politische cross-pressure-Situation in Deutschland ist eine streng katholische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft der 60er Jahre. Die Religiosität und Zugehörigkeit zur katholischen Kirche zwingen zur CDU, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zwingt zur SPD.

Nach der Stärke ihrer Neigung zu einer bestimmten Partei gliedern Lazarsfeld u.a. die Wähler in drei Typen (vgl. Bürklin und Klein, 1998: 55):

- a) „Crystallizers“: Diese Wähler sind stabil und homogen, haben die gleichen Neigungen zu einer Partei und Interesse an den politischen Themen.
- b) „Wavers“: Diese sind unsicher und schwankend.
- c) „Party-Changers“: Diesen Wählertyp nennt man Wechselwähler, sie

leben in einem heterogenen Sozialmilieu.

Obwohl diese Theorie von einigen Autoren kritisiert worden ist (Falter et al., 1990; Roth und Wüst, 1998; Schoen, 2005), „bleibt Festzuhalten, dass das Wahlverhalten in hohem Maße von der Gruppenzugehörigkeit mitbestimmt wird und parallel dazu viele andere soziodemographische Faktoren weniger wichtig sind“ (Wüst, 2003a: 124). Gruppenzugehörigkeit ist natürlich in einem anderen Land noch stärker als in Heimatland.

3. EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG

3.1. Zielsetzung der Befragung

Die Wahlen sind in den Demokratien ein wichtiges und unverzichtbares Element. Die Wähler bestimmen durch die Wahlen über alltägliche politische Probleme und entscheiden, welche Partei und Kandidaten sie vertreten sollen. Diesbezüglich wurde die türkische Wählerschaft kaum untersucht. Die Analyse des Wahlverhaltens erfolgt im Allgemeinen auf zweierlei Art: anhand von „Wahlergebnissen“ und aufgrund von „repräsentativen Umfragen“ (Rudzio, 2000: 202). Die erste Methode macht hier keinen Sinn, weil die Ergebnisse der Bundestagswahlen keine Aussagen darüber machen, wie viele türkischstämmige Wahlberechtigte es gibt und wie viele von diesen Wahlberechtigten zur Wahl gingen. Alle Berechnungen beruhen auf Schätzungen. Deswegen erfordert die Beschaffung von Informationen zum Wählerverhalten der türkischstämmigen Migranten empirische Untersuchungen. Die Zielsetzung dieser repräsentativen Befragung ist, das Wählerverhalten der türkischstämmigen Migranten und Deutschen nach ihrer Sozialstruktur zu untersuchen. Mit dieser Studie werden die Parteipräferenzen nach dem Geschlecht, der Staatsbürgerschaft, dem Alter, dem Beruf und dem Bildungsgrad analysiert.

3.2. Methode

Das Ziel einer empirischen Sozialforschung ist die systematische Gewinnung und Auswertung von Wissen über die Gesellschaft. Die Forschungsmethode dient hier dazu, systematische Informationen über Meinungen, Einstellungen oder Verhaltensweisen von Menschen oder Zielgruppen zu gewinnen. Die Befragung ist eine wichtige Forschungsmethode und wird besonders in Sozialwissenschaften am häufigsten angewandt (vgl. Bortz, 1984: 163). Es ist hierbei wichtig, dass die Befragungsmethode „zur Forschungsfrage und zum konkreten Untersuchungsgegenstand passen muss, weil sich die Methoden nach spezifischen Eigenschaften der empirischen Untersuchungen unterschiedlich gestalten“ (Sauer, 2001: 177). Für diese Studie wurde das persönliche (Face-to-Face) Interview als empirische

Forschungsmethode ausgewählt und das Interview wurde durch Paper-and-pencil durchgeführt (vgl. Diekmann, 1995; Jansen, 1999; Mayring, 2002; Lamnek, 2005). Das Interview zu Forschungszielen knüpft an die alltägliche Situation des Fragestellens und sich Informieren im Gespräch an (vgl. Diekmann, 2010: 439). In dieser Befragungsmethode haben die Befragten die Möglichkeit, Erklärungen und Informationen über das Thema einzuholen und Nachfragen zu stellen. Der Interviewleitfaden für die Untersuchung der politischen Einstellungen und des politischen Verhaltens lehnt sich in seiner Konstruktion an die Frage und den Fragebogen an.

3.3. Interviewleitfaden

Der Fragebogen ist ein Instrument für die Gewinnung der Informationen und impliziert die Fragen. Mit den Antworten dieser Fragen werden die Forschungsfragen geklärt. Der Fragebogen für diese Untersuchung gliedert sich in drei Teile. Der erste Teil ist die Kontaktaufnahme, die sich in zwei Kategorien „Stimmt Interview zu“ und „Lehnt Interview ab“ teilt. Der zweite Teil des Fragebogens enthält den Begrüßungstext, in dem die Institution und der Interviewer bekanntgemacht werden und der dritte Teil impliziert die Erhebungsfragen. Wegen des Gültigkeitskriteriums (Validität) einer Untersuchung und deren Ergebnisse muss die Fragestellung inhaltlich konkrete Fragen enthalten und diese Fragen müssen in einer Reihenfolge formuliert werden. Die Validität ist eines der Hauptkriterien der quantitativen Sozialforschung und wird als das Maß für die inhaltliche Gültigkeit einer empirischen Untersuchung und deren Ergebnisse verstanden (vgl. Flick, 1995: 248ff.). Zentraler Gegenstand des Interviewleitfadens ist das politische Verhalten von Türken und Deutsch-Türken in Hamburg und Umgebung. Bei der Fragestellung wurde der kulturelle Kontext berücksichtigt, weil „die Höflichkeitsnormen in anderen Kulturen einen höheren Stellenwert einnehmen“, obwohl „zumindest in westlichen Kulturen die meisten Menschen eine Norm derart verinnerlicht haben, dass sie versuchen, fremden Personen auf Fragen eine wahre Antwort zu geben“ (Diekmann, 2010: 441). Gleichzeitig muss man auch auf die gemeinsame Sprache zwischen dem Interviewer und den befragten Menschen aufpassen. Man versteht unter der gemeinsamen Sprache, „dass Interviewer und die Befragten Personen die Bedeutung von Fragen und Antworten in gleicher Weise interpretieren“ (ebd.: 441). Bei der Formulierung von Fragen wurde auf einige Kriterien geachtet. Wegen des sprachlichen Problems von der ersten Generation und den Menschen, die neu nach Deutschland gekommen sind, wurde zunächst der Fragebogen auf Deutsch und auf Türkisch vorbereitet, mit dem Ziel die Fragen noch verständlicher zu machen.

Die Zielgruppe dieser Studie war außerhalb des Alters nicht begrenzt. Diese Befragung wurde mit den Menschen, die über 18 Jahre alt sind, durchgeführt. Im Allgemeinen nimmt man an, dass die Türken in Deutschland geringere Schulbildung haben und der Arbeiteranteil unter der türkischen Bevölkerung hoch ist. Deswegen wurden die Fragen kurz, verständlich, mit einfachen Worten und hinreichend klar formuliert und in einfacher deutsch- und türkischer Sprache unbürokratisch gestellt. Die Formulierungen wurden möglichst so gewählt, dass sie von allen Befragten auch in gleicher Weise verstanden werden. Die Erhebungsfragen des Fragebogens bilden sich in drei Kategorien. Die erste Kategorie beinhaltet die persönlichen Merkmale der Befragten für die statistischen Angaben (Geschlecht, Alter und Staatsbürgerschaft). Die zweite Kategorie bezieht sich auf die soziodemographischen Merkmale der Befragten (Beruf und Schulabschluss). Die dritte Kategorie impliziert die Fragen, die die gewünschten Informationen dieser Umfrage geben (Parteipräferenzen). Bei diesem Fragebogen gibt es keine Filterfragen.

3.4. Durchführung der Befragung

Während des Interviews wurden beide Sprachen verwendet. Die älteren Menschen wollten die Fragen mehrheitlich türkisch beantworten. Dagegen wollten die Jüngeren deutsch sprechen. Nachdem die Fragen formuliert und der Fragebogen konstruiert wurden, sind fünf Probeinterviews durchgeführt worden, um den Leitfaden gegebenenfalls thematisch nachbessern zu können und um die Interviewpraxis zu fühlen. Nach den Test-Interviews wurden die Fragen und der Fragebogen kontrolliert und korrigiert, die auftauchenden Unklarheiten wurden beseitigt und Ergänzungen vorgenommen. Die Interviews wurden in unterschiedlichen Stadtvierteln von Hamburg (Wilhelmsburg, Veddel, Altona, die Umgebung des Hauptbahnhofs, Wandsbek, Harburg und Billstedt), in denen die meisten Türken wohnen, in Kiel und in Lübeck durchgeführt. Im Allgemeinen wollten die Türken, besonders die Frauen, auf der Straße am Interview nicht teilnehmen. Deswegen fand das Interview in den unterschiedlichen Ballungszentren wie türkischen Kaffeehäusern, Moscheen, türkischen Vereinen und Einkaufszentren statt. Nach dem Begrüßungstext wurden die Menschen gefragt, ob sie ein Interview mit machen würden. Wenn keine deutliche Ablehnung erfolgte, wurde kurz (2-3 Minuten) erklärt, wie das Interview ablaufen würde. Danach folgte die Durchführung des Interviews. Die Fragen wurden meistens von Interviewer gestellt und von den befragten Menschen beantwortet. Selten lasen die Befragten die Fragen selber und beantworteten diese auch selbst. Jedes Interview dauerte durchschnittlich 5-8

Minuten. Die Interviews fanden vom 01.12.2015 bis 27.12.2015 statt und wurden mit 325 Menschen durchgeführt. Die Daten wurden in einer Datentabelle erfasst, um die Analyse zu erleichtern.

4. ANALYSE DER BEFRAGUNG

4.1. Sozialstruktur

Wegen der zeitlichen Restriktion wurde die Sozialstruktur der Befragten nur mit fünf Merkmalen, die für die Analyse der politischen Präferenzen und des Wählerverhaltens der Zielgruppe sehr wichtig sind, erfasst. Dazu gehören das Geschlecht, die Staatsbürgerschaft, das Alter, die berufliche Stellung und der Schulabschluss.

Für diese Untersuchung wurden 176 (54,15%) Männer und 149 (45,85%) Frauen befragt. Die Staatsbürgerschaft der Befragten wurde in drei Kategorien erfasst: Deutsch, Türkisch und Beide. Der Anteil von Deutsch-Türken beträgt 56,9% (185 Personen), während der Anteil der türkischstämmigen Befragten 35,4% (115 Personen) beträgt. Die Prozentzahl der Befragten, die sowohl die deutsche als auch die türkische Staatsbürgerschaft haben, beträgt nur 7,7% (25 Personen). Unter den Befragten ist die größte Altersgruppe mit 88 Personen (27,1%) zwischen 31-40 Jahren. Die Altersgruppe „Über 51“ ist mit 20,3% (66 Personen) an zweiter Stelle. Der Anteil der Befragten zwischen 41-50 Jahren beträgt 19,4% (63 Personen). Die Altersgruppe zwischen 18-25 Jahren ist mit 16,3% (53 Personen) auf dem fünften Rang, während der Anteil der Befragtengruppe zwischen 26-30 Jahren 16,9% beträgt. Wegen der Sozialstruktur ist der Arbeiteranteil von türkischen Migranten hoch. 33,84% der Befragten (110 Personen) sind als Arbeiter tätig, während der Anteil der Angestellten 21,53% (70 Personen) beträgt. Von den nicht Erwerbstätigen bilden den größten Teil die Arbeitslose (9,23%), gefolgt von den Rentnern (8,61%). Der Teil der Hausfrauen dieser Befragung beträgt 10,76%. Der Anteil der Studenten beträgt 8,92%. Der größte Teil der Befragten (26,46%) haben in der Türkei Hochschulabschluss. Der Anteil der Mittelschulabschlüsse (Ortaokul) in der Türkei und der mittleren Reife in Deutschland beträgt 6,76%. Unter den Befragten haben 14,46% den Hauptschulabschluss und 9,84% den Realschulabschluss. Der Anteil der Abiturienten und Abiturientinnen in den beiden Ländern beträgt 19% (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: *Sozialstrukturelle Merkmale der Befragten in "N" und (%)*

Geschlecht	N	%
männlich	176	54,15
weiblich	149	45,85
Staatsbürgerschaft	N	%
Deutsch	185	56,9
Türkisch	115	35,4
Beide	25	7,7
Alter	N	%
18-25	53	16,3
26-30	55	16,9
31-40	88	27,1
41-50	63	19,4
Über 51	66	20,3
Beruf	N	%
Arbeiter	110	33,84
Angestellter	70	21,53
Selbständig	23	7,07
Arbeitslos	30	9,23
Hausfrau	35	10,76
Student	29	8,92
Rentner	28	8,61
Bildung	N	%
Grundschule	76	23,38
Mittelschule	22	6,76
Gymnasium	62	19,07
Realschule	32	9,84
Hauptschule	47	14,46
Uni	86	26,46

Für diese Studie wurden auch die Türken, die keine deutsche Staatsbürgerschaft und kein Wahlrecht haben, befragt, weil Deutsche türkischer Herkunft von der Sozialstruktur der Türken nicht unabhängig sind. Sie teilen mit der türkischen Bevölkerung, die nicht eingebürgert wurde, eine gemeinsame Sprache, gleiche kulturelle Werte und Traditionen und ähnliche Schwierigkeiten der Migration. Gleichzeitig sind sie Bestandteil der türkischen Familienstruktur, die „herkunftsmilieubedingt ist“ (Şen und Goldberg, 1994: 54). Deswegen werden sie in Wahlentscheidungen gegenseitig beeinflusst. Die Ähnlichkeit der Parteipräferenzen der türkischstämmigen Deutschen und türkischen Staatsbürger bestätigte, dass eingebürgerte Türken unter dem Einfluss der eigenen ethnischen Gruppe gewählt haben.

4.2. Wahlentscheidung nach Geschlecht

Nach den allgemeinen Ergebnissen liegen die Parteipräferenzen mit 62,7% eindeutig bei der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands). Die Grünen folgen an zweiter Stelle mit 18,4%. An dritter Stelle liegt die Linke mit 8,6%. Der Stimmenanteil der CDU (Christlich Demokratische Union/CSU (Christlich-Soziale Union) unter den türkischen Migranten liegt bei 2,1%. 3,7% der Befragten präferieren die FDP (Freie Demokratische Partei). Der Anteil der Nichtwähler beträgt 2,1%. 2,1% der Befragten konnten sich nicht für eine Partei entscheiden.

Tabelle 2: Allgemeine Ergebnisse und Wahlentscheidung nach Geschlecht (%)

Partei	Allgemein	Frauen	Männer
SPD	62,7	61,7	63,6
Die Grünen	18,4	22,8	14,7
CDU/CSU	2,1	2,1	2,3
Die Linke	8,6	6	10,8
FDP	3,7	4	3,4
Piraten	0	0	0
Nicht wählen	2,1	2,1	2,2
Unentschlossen	2,1	1,3	2,8

Im Vergleich der Parteipräferenzen nach Geschlecht bevorzugen 63,6% der Männer und 61,7% der Frauen die SPD. Der Wähleranteil der Grünen liegt bei den Männern bei 14,7% und bei den Frauen bei 22,8%. Frauen neigen den Grünen deutlich häufiger zu als Männer. Es gibt 4,8% Unterschied zwischen den weiblichen (6%) und männlichen (10,8%) Wähleranteilen der Linken. Die Werte für die CDU/CSU liegen bei den Frauen bei 2,1% und bei den Männern bei 2,3%. 4% der Frauen und 3,4% der Männer wählen die FDP. In diesem Zusammenhang zeigt das Geschlecht nur wenige Differenzen und spielt keine große Rolle innerhalb der SPD-, Unionsparteien- und FDP-Wählerschaft. Bei dem soziodemografischen Profil der Linke-Wählerschaft fällt auf, dass diese Partei von Männern bevorzugt wird. Dagegen werden die Grünen mehrheitlich von Frauen präferiert (vgl. Tabelle 2).

4.3. Wahlentscheidung nach Staatsbürgerschaft

Bisherige Untersuchungen haben gezeigt, dass eingebürgerte Türken noch häufiger als türkische Staatsbürger der SPD zuneigen (vgl. Sauer, 2007: 163 und Sauer, 2010: 172). Der Grund dafür ist, dass „Eingebürgerte sehr viel besser integriert sind als Nicht-Eingebürgerte“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2011: 5).

Tabelle 3: *Wahlentscheidung nach Staatsbürgerschaft (%)*

Partei	Deutsche Staatsbürger	Türkische Staatsbürger	Doppelte Staatsbürger
SPD	57,3	69,5	72
Die Grünen	20	14,7	24
CDU/CSU	2,1	2,6	-
Die Linke	10,3	6,9	4
FDP	4,3	3,37	-
Piraten	0	0	0
Nicht wählen	2,7	1,7	-
Unentschlossen	3,2	0,8	-

Nach den Ergebnissen dieser Studie sinken die Parteipräferenzen von eingebürgerten Türken für die SPD und steigen für Bündnis 90/Die Grünen und für die Linke. Die türkischen Staatsbürger (69,5%) und die Doppelstaatsbürger (72%) sympathisieren noch häufiger als die Deutsch-Türken (57,3%) mit der SPD. Der eingebürgerte Wähleranteil von Grünen beträgt 20%, während 14,7% der Türken und 24% der Doppelstaatsbürger die Grünen wählen wollen. Die Linke wird von 10,03% der eingebürgerten Türken, 6,9% der Türken und 4% der Doppelstaatsbürger unterstützt. Der Stimmenanteil der Unionsparteien und der FDP zeigt nach der Staatsbürgerschaft keine großen Unterschiede. Es ist sehr interessant, dass diese Parteien unter den Doppelstaatsbürgern keine Wählerschaft haben (vgl. Tabelle 3).

4.4. Wahlentscheidung nach Altersgruppe

Parteipräferenz nach Altersgruppen ist ein wichtiger Indikator für das Wahlverhalten und für die soziodemografischen Profile der Wählerschaft. Die älteren Menschen haben mehr Interesse an der SPD. 65% der Altersgruppe „41-50“ und 63,6% der Altersgruppe „über 51“ präferieren

die SPD. 62,5% der SPD-Anhänger sind zwischen 31-40 Jahren und 61,81% zwischen 26-30 Jahren. Der Wähleranteil der SPD unter den Jugendlichen ist relativ hoch und liegt bei 60,37. Im Allgemeinen sympathisieren die jungen Befragten und die Frauen mit den Grünen. Der Grünen-Anhängeranteil der unter 30 Jährigen beträgt 40,9%. 24,52% von ihnen sind zwischen 18-25 Jahre alt und 16,36% zwischen 26-30 Jahren. In der Altersgruppe „41-50“ ist die Sympathie mit den Grünen am niedrigsten (12,7%). 19,7% der Befragten über 51 Jahren präferieren Bündnis 90/Die Grünen (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Wahlentscheidung nach Altersgruppe (%)

Partei	18-25	26-30	31-40	41-50	Über 51
SPD	60,37	61,81	62,565	65	63,6
Die Grünen	24,52	16,36	19,31	12,7	19,7
CDU/CSU	-	-	2,27	1,58	6
Die Linke	5,66	3,63	10,22	15,87	6
FDP	-	10,9	2,27	4,76	1,5
Piraten	0	0	0	0	0
Nicht wählen	5,66	1,8	2,27	-	1,5
Unentschlossen	3,77	5,45	1,13	-	1,5

Die CDU/CSU hat keine Anhänger im Alter unter 31 Jahre. Bei den Befragten zwischen 31-40 Jahren liegt der Anhängeranteil der CDU/CSU bei 2,27%, bei den 41-50 Jährigen bei 1,58% und bei den über 51 Jahre alten bei 6%. 19,51% der Anhänger der Linken sind zwischen 18-40 Jahre alt. Dagegen liegt der Stimmenanteil der Linken bei den älteren Befragten bei 21,87%. 8,53% der Anhänger der FDP sind zwischen den Altersgruppen „31-40“ und „Über 51“. Die Präferenz für die FDP liegt bei den 26-30 Jährigen am höchsten (bei 10,9%).

4.5. Wahlentscheidung nach der beruflichen Stellung

Der Einfluss der Berufsgruppen auf das Wahlverhalten ist eine der wichtigsten Variablen der sozialstrukturellen Erklärungsansätze und wird meistens über die Ermittlung statistischer Zusammenhänge untersucht. Bei den gebürtigen Deutschen werden die Unionsparteien im Allgemeinen von den Selbständigen, Landwirten und Rentnern gewählt, die SPD hingegen wird von Arbeitern, Facharbeitern, Gewerkschaftsmitgliedern und Angestellten auf den unteren oder mittleren Ebenen präferiert (vgl. Czada, 1991: 103; Korte, 2003: 102ff.; Goldberg und Sauer, 2004: 163). Nicht religiöse Selbständige, Beamte und Akademiker wählen häufig die FDP, während die Grünen von den in sozialen Bereich tätigen Angestellten gewählt werden (vgl. Sauer, 2007: 166; Goldberg und Sauer, 2006: 158). Diese Wäh-

lerprofile der Parteien passen nicht zu Profil der türkischen Wählerschaft der Parteien. Wegen des hohen Arbeiteranteils der Türken in Deutschland gibt es eine starke Bindung zwischen der SPD und der türkischstämmigen Arbeiterschaft. Im Allgemeinen gibt es eine starke Bindung zwischen den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften. „Türken befinden sich aufgrund der beruflichen Stellung in einem SPD-nahen und gewerkschaftlich beeinflussten Umfeld“ (Wilamowitz-Moellendorff, 2005: 43). Diese Situation verstärkt die Präferenz der türkischstämmigen Arbeiter zur SPD. Die Gewerkschaftsmitgliedschaft ist „traditionell unter allen Gastarbeiternationen stark ausgeprägt“ (Halm und Sauer, 2004: 550). Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der türkischen Migranten lag zwischen 2001 und 2006 bei durchschnittlich „17,5%“, (vgl. Sauer 2007: 254).

Tabelle 5: Wahlentscheidung nach Beruf (%)

Partei	Arbeiter	Angestellte	Selbständig	Arbeitslos	Hausfrau	Student	Rentner
SPD	71,8	42,85	56,5	66,6	74,3	51,7	75
Die Grünen	10	32,85	4,34	16,6	20	27,6	17,8
CDU/CSU	1,8	1,42	4,34	3,33	2,85	-	3,57
Die Linke	10	17,14	8,7	3,33	-	3,44	3,57
FDP	2,7	5,7	17,4	3,33	-	-	-
Piraten	0	0	0	0	0	0	0
Nicht wählen	0,9	-	8,7	6,66	2,85	6,9	-
Unentschlossen	2,7	-	-	-	-	10,34	-

In diesem Zusammenhang präferieren die Arbeiter überdurchschnittlich die SPD (71,8%). Andererseits hat die SPD auch unter den anderen Berufsgruppen eine große Unterstützung. Über 70% der Hausfrauen und Rentner, über die Hälfte der Selbständigen (56,5%), der Arbeitslosen (66,6%) und der Studenten (51,7%), 42,85% der Angestellten präferieren die SPD. Die Grünen werden von der Mehrheit der Angestellten (32,85%) und der Studenten (27,6%) gewählt, während der niedrigste Wähleranteil von ihnen unter den Selbständigen (4,34%) liegt. 20% der Hausfrauen, 16,6% der Arbeitslosen, 17,85% der Rentner und 10% der Arbeiter neigen den Grünen zu. Den höchsten Wähleranteil der Linken unter den Berufsgruppen bilden mit 17,14% die Angestellten. Es folgen die Arbeiter mit 10%, und die Selbständige mit 8,7%. Die Parteipräferenzen der Arbeitslosen, Studenten und Rentner für die Linke befinden sich unter 4%. Der

Wähleranteil der CDU/CSU befindet sich zwischen den 1,8 und 4,34 Prozenten. Die FDP hat ihre Wählerschaft nur unter den Berufsgruppen Selbstständige (17,4%), Arbeiter (2,7%), Angestellte (5,7%) und Arbeitslose (3,33%). Der unentschlossene Wähleranteil ist bei Studenten (10,34%) und der Nichtwähleranteil ist bei Selbständigen (8,7%) am höchsten (vgl. Tabelle 5).

4.6. Wahlentscheidung nach Bildung

Der Bildungsgrad ist eine wichtige sozialstrukturelle Determinanten für die Wahlanalyse, weil "der (Aus-) Bildungsgrad die zentrale Voraussetzung für die Integration im Arbeitsmarkt ist" (Sauer, 2007: 54) und die berufliche Stellung im Arbeitsmarkt vom Bildungsgrad abhängt. Aufgrund dieser Wechselwirkung ist die Bindung zu einer Partei eng mit dem Bildungsgrad verbunden.

Bei den Befragten mit Mittelschulabschluss ist der Stimmenanteil der SPD mit 77,3% sehr hoch. Auch 68,4% der Befragten mit Grundschulabschluss präferieren die SPD, während 70,2% der Befragten mit Hauptschulabschluss der SPD zuneigen. Unter den Abiturienten sind 66,1% SPD-Anhänger und unter der Bildungsgruppe „Realschule“ 65,6%. Die Befragten, die eine Universität absolviert haben, haben das niedrigste Interesse an der SPD (47,7%) (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Wahlentscheidung nach Bildungsgrad (%)

Partei	Grundschule	Mittelschule	Gymnasium	Realschule	Hauptschule	Universität
SPD	68,4	77,3	66,1	65,6	70,2	47,7
Die Grünen	17,1	-	21	15,6	14,9	24,4
CDU/CSU	5,26	-	-	3,1	2,1	1,1
Die Linke	6,57	9	1,6	3,1	10,6	16,3
FDP	-	4,5	4,83	6,25	-	7
Piraten	0	0	0	0	0	0
Nicht wählen	1,3	9	3,22	3,1	-	2,3
Unentschlossen	1,3	-	3,22	3,1	2,1	1,1

Die größte Anhängerschaft von Bündnis 90/Die Grünen bilden mit 24,4% die Menschen mit Universitätsabsolventen. 21% der Abiturienten bevorzugen die Grünen, während der Anteil bei den Befragten mit Grundschulabschluss 17,1% beträgt. 15,6% der Befragten mit Realschulabschluss

und 14,9% mit Hauptschulabschluss wollen die Grünen wählen. Mit sinkendem Bildungsniveau nimmt die Zustimmung der Befragten zur CDU/CSU zu. Unter den CDU/CSU-Anhängern finden sich 5,26% mit Grundschulabschluss. Die CDU hat keine Anhänger unter den Befragten mit Mittelschulabschluss und Abiturienten. Das Interesse der Uni-Absolventen an den Unionsparteien ist mit 1,1% am niedrigste. 3,1% der Befragten mit Realschulabschluss und 2,1% der Befragten mit Hauptschulabschluss präferieren die CDU/CSU. Der höchste Stimmenanteil der Linke liegt mit 16,3% unter den Uni-Absolventen. 10,6% der Befragten mit Hauptschulabschluss, 9% der Befragten mit Mittelschulabschluss und 3,1% der Befragten mit Realschulabschluss unterstützen die Linke. Die FDP hat keine Anhängerschaft unter den Menschen mit Grundschul- und Hauptschulabschluss. Die Liberalen werden mit 7% von den Uni-Absolventen und mit 6,25% von den Menschen mit Realschulabschluss bevorzugt. Der Anteil der Unentschlossenen und Nichtwähler ist bei den Befragten mit Grundschulabschluss (1,3%), bei den Abiturienten (3,22%) und bei den Befragten mit Realschulabschluss (3,1%) identisch. Der Nicht-Wähleranteil ist unter den Befragten mit Mittelschulabschluss am höchsten (9%).

5. ERGEBNIS

Die vorliegende Studie untersuchte die Wahlentscheidung der Türkischstämmigen in Deutschland nach den sozialstrukturellen Merkmalen. Nach den Analysen der sozialstrukturellen Merkmale zeigt sich deutlich, dass die Wähler türkischer Herkunft, die unterschiedlichen soziodemografischen und sozialstrukturellen Gruppen angehören, mehrheitlich die SPD wählen. Nach dem allgemeinen Ergebnis dieser Befragung wird die SPD von 62,7% der Türkischstämmigen gewählt, während die Grünen mit 18,4% an zweiter Stelle folgen. An dritter Stelle liegt die Linke mit 8,6%. Die Stimmenanteile der Unionsparteien und FDP befinden sich unter 4%. Die Piraten haben unter den türkischstämmigen Migranten keine Anhängerschaft. Diese allgemeinen Ergebnisse entsprechen den Ergebnissen nach der sozialstrukturellen Operationalisierung. Es fällt hier auf, dass es nur eine Veränderung in der Verteilung des türkischstämmigen Wählerpotenzials zwischen den linken Parteien gibt. Die oben genannten sozialstrukturellen Variablen spielen bei der Wahlentscheidung keine entscheidende Rolle und es gibt keine großen Unterschieden zwischen diesen Merkmalen. Das heißt, dass die Befragten nach dem Geschlecht, der Staatsbürgerschaft, der Altersgruppe, dem Beruf und dem Bildungsgrad in ähnlichem Ausmaß für die Parteien stimmen. Das Wahlverhalten in Deutschland wird in der Regel

„koalitionspolitisch gefärbt“ (Beyme, 1999: 100). Nach den Ergebnissen dieser Befragung liegt die Vermutung nahe, dass die Türkischstämmigen mehrheitlich eine rot-grüne Koalition wählen wollten.

In diesem Zusammenhang kann man sagen, dass dieses Wahlverhalten und die Parteipräferenzen der türkischstämmigen Wählerschaft in Deutschland beibehalten wird und dass eine große Veränderung der politischen Präferenzen der Türkischstämmigen zwischen linken und rechten Lagern, besonders zwischen der CDU/CSU und der SPD, in den nächsten Jahren unwahrscheinlich ist. Diese Vermutung basiert auf dem bisherigen Präferenzmuster der Türkischstämmigen.

Für die rot-grüne Präferenzen der Deutsch-Türken gibt es verschiedenen Gründen. Der Migrationshintergrund als sozialstrukturelles Merkmal und die damit verbundene ethnische Gruppenzugehörigkeit das Wahlverhalten der Türkischstämmigen in hohem Maße beeinflusst. In diesem Zusammenhang haben die Rolle der Parteien und ihrer Angebote an die Deutschen türkischer Herkunft besondere Prägestärke für ihr Wahlverhalten, weil dieses durch politische Faktoren, vor allem durch die Strategien der Parteien, für ihre Interessenlage bestimmt wird. Nach einem Vergleich der Wahlprogramme (2002, 2005, 2009 und 2013) der Parteien haben SPD, Grüne, und Linkspartei eine offene und positive Haltung gegenüber der Einwanderung (vgl. Acar, 2011 und Wahlprogramme der Parteien, 2013). Andererseits geht es in der deutschen Gesellschaft um eine neue Konfliktlinie durch Migranten, die von den Parteien in die Politik übertragen wird. „Diese Konfliktlinie bildet sich zum einen zwischen der Parteipolitik und der ehemaligen Staatsangehörigkeit, zum anderen zwischen den Erfahrungen mit Parteien und deren Gesellschaftskonzeptionen“ (Wüst, 2003b: 36). In diesem Sinne sind die SPD, die Grünen und die Linke multikulturell und progressiv. Dagegen sind die Unionsparteien monokulturell und sozialkonservativ. Im Zusammenhang mit den Erfahrungen mit Parteien in Bezug auf die eigene Geschichte hat die SPD als eine große Partei hier eine besondere Bedeutung für die türkischen Eingebürgerten, weil „die deutliche SPD-Präferenz offensichtlich aus den Anfängen der Migrationsgeschichte rührt und sich auf die Nachfolgeneration übertragen hat“ (Goldberg und Sauer, 2003: 166). Dagegen konnten die Unionsparteien als Alternative das Verhaltensmuster der türkischstämmigen Wählerschaft nicht verändern, weil sich zuerst die monokulturelle und sozialkonservative Haltung der Unionsparteien gegenüber der Türken verändern muss, um das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wähler zu verändern.

Ein anderer wichtiger Indikator für die Wahlentscheidung von Tür-

kischstämmigen sind die politischen Themen und Probleme. Die Problemwahrnehmung von türkischstämmigen Migranten ist wegen des Migrationshintergrunds anders als die Problemwahrnehmung von gebürtigen Deutschen. Es handelt sich bei den politischen Problemen von Türken um die Ausländerfeindlichkeit, Bekämpfung des Rechtsextremismus, Diskriminierung und die EU-Beitrittsfrage der Türkei (vgl. Acar, 2011: 169). Diese besondere Problemwahrnehmung ist zur Erklärung des Wahlverhaltens besonders wichtig. Gleichzeitig hängt die Kandidatenorientierung der türkischen Migranten von diesen Themen und der Parteipolitik ab. Im Zusammenhang mit den politischen Problemen „hat die SPD es geschafft, den Eindruck zu erwecken, sie nähme sich der Bedürfnisse der türkischstämmigen Bürger an und trete für diese ein“ (Wilamowitz-Moellendorff, 2005: 43).

Unter der Licht dieser kurzen Analysen zur Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung von Türkischstämmigen deuten die Ergebnisse dieser Studie darauf hin, dass die sozialstrukturellen Zugehörigkeiten der türkischstämmigen Migranten die SPD-Präferenz nicht verändern. Sie wollten mehrheitlich die SPD als Partei und die rot-grüne Koalition als Regierung wählen. Es gibt keine großen Differenzen zwischen den Stimmenanteilen der analysierten sozial strukturellen Variablen.

Die Ergebnisse basieren auf der Untersuchung vor dem Beschluss des Bundestages über das 1915 Armenier-Frage. Obwohl die Türkei und türkische Verbände in Deutschland heftig protestiert haben, wurde 1915 Armenier-Frage am 2. Juni 2016 im Bundestag von allen Parteien als Völkermord eingestuft. Die Reaktion von türkischstämmigen Wählern auf diesen Beschluss der Parteien zeigt sich bei der Bundestagswahl 2017.

LITERATUR

Acar, Mustafa, *Das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wahlberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Untersuchung zur Erklärung des politischen Verhaltens von Deutsch-Türken bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005*, Verlag Dr. Kovac, Hamburg, 2011.

AUSWÄRTIGES AMT, „Beziehungen zu Deutschland“, http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Bilateral_no_de.html, (18.05.2016).

Beyme, Klaus, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden, 1999.

Bortz, Jürgen, *Lehrbuch der empirischen Forschung für Sozialwissenschaftler*, Springer Verlag, Heidelberg, New York und Tokyo, 1984.

Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus, *Wahlen und Wählerverhalten. Eine Ein-*

führung, Leske+Budrich, Opladen, 1998.

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE, „Ergebnisse der BAMF-Einbürgerungsstudie. Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen“, http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb15-einbuengerungsverhalten.pdf?__blob=publicationFile, (04.03.2016).

Dürkop, Colin/Caligiuri, Julian/Neuman, Rene, „Presseecho: Die Bundestagswahl 2013 in den türkischen Medien“, <http://www.kas.de/wf/de/33.35591/>, (07.03.2016).

Czada, Roland, (1991). „Sozialstruktur und Stimmabgabe: Parteibindungen im gesellschaftlichen Wandel“, *Wahlverhalten*, (Red.) H. G. Wehling, Verlag Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln, 1991, S. 103-122.

Çetinkaya, Handan, (2000). „Haberiniz var mı? Eine explorative Studie zu Informationsbeschaffung über politische Prozesse am Beispiel türkischer Migranten in Gelsenkirchen“, *Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel*, (Hrsg.) Horst. D. Thränhardt und U. Hunger, LIT Verlag, Hamburg, Münster, Berlin, 2000, S.111-175.

Diekmann, Andreas, *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg, 2010.

Duyvene De Wit, Thomas/Koopmanns, Ruud (2001). „Die politisch- kulturelle Integration ethnischer Minderheiten in den Niederlanden und Deutschland“, *Forschungsjournal NSB*, Jg. 14. Heft 1, 2001, S. 26-39.

Falter, W. Jürgen/Schumann, Siegfried/Winkler, Jürgen, (1990). „Erklärungsmodelle von Wählerverhalten“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B37 und 38, 1990, S 3-13.

Falter, W. Jürgen, (1992). „Wahlen 1990. Die demokratische Legitimation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen“, *Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte, Politik, Gesellschaft*, (Hrsg.) E. Jesse und A. Mitter, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 220-244.

Flick, Uwe, *Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften*, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1995.

Goldberg, Andreas/Sauer, Martina, *Perspektiven der Integration der türkischstämmigen Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der vierten Mehrthemenbefragung 2002. Im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen*, LIT Verlag, Berlin, Hamburg, Münster, 2003.

Goldberg, Andreas/Sauer, Martina, „Die Lebenssituation von Frauen und Männern türkischer Herkunft. Ergebnisse der sechsten Mehrthemenbefragung“, *Herausgegeben vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen*, Düsseldorf,

Goldberg, Andreas/Sauer, Martina, *Türkischstämmige Migranten in Nordrhein-Westfalen – Stand der Integration – Einstellungen und Meinungen – Inanspruchnahme von Unterstützung bei der Erziehung. Ergebnisse der siebten Mehrthemenbefragung*, Ministerium für Generationen, Frauen, Familie und Integration, Düsseldorf, 2006.

Halm, Dirk/Sauer, Martina (2004). „Das Zusammenleben von Deutschen und Türken–Entwicklung einer Parallelgesellschaft?“, *WSI-Mitteilungen, Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung*, Nr. 57, S. 547–554.

Jansen, Dorothea, *Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlage, Methoden, Anwendungen*, Leske+Budrich, Opladen, 1999.

Kasdanastassi, Evangelia, „Politische und soziale Partizipation sowie Partizipationsressourcen im Integrationsprozess, Auswirkungen des Kommunalwahlrechts auf das politische Interesse und die Partizipationsbereitschaft“, *Politische Beteiligung in der Migration: Einbürgerung, politische Rechte, Interessenvertretung*, (Hrsg.) S. Assimenios/S. Stamatis/Y. Shajanian, Avlos Verlag, Bonn 2001, S. 37-60.

Korte, Karl. Rudolf, *Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonifatius Druck Buch Verlag, Paderborn, 2003.

Lamnek, Siegfried, *Qualitative Sozialforschung*, Beltz, Weinheim, 2005.

Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard/Gaudet, Hazel, *Wahlen und Wähler. Soziologie des Wahlverhaltens*, Neuwied, Berlin, 1969.

Mayring, Philipp, *Einführung in die qualitative Sozialforschung*, Beltz Verlag, Weinheim, Basel, 2002.

Roth, Dieter/Wüst, Andreas, „Parteien und Wähler. Erklärungsmodelle des Wahlverhaltens“, *Ungewissheiten der Macht. Parteien, Wähler, Wahlentscheidung*, (Hg.) H. Oberreuter, Olzog Verlag, München, 1998, S. 102-133.

Rudzio, Wolfgang, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, Leske+Budrich, Opladen, Stuttgart, 2000.

Sauer, Martina, „Die Einbürgerung türkischer Migranten in Deutschland. Befragung zu Einbürgerungsabsichten und dem Für und Wider der Einbürgerung“, *Migrationsbericht des Zentrums für Türkeistudien*, (Hg.) A. Goldberg/D. Andreas/D. Halm, LIT Verlag, Münster, 2001, S. 165-227.

Sauer, Martina, „Perspektiven des Zusammenlebens: Die Integration türkischstämmiger Migrantinnen und Migranten in NRW. Ergebnisse der achten Mehrthemenbefragung“, <http://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/34974>, (10.04.2016).

Sauer, Martina, „Teilhabe und Orientierungen türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der zehnten Mehrthemenbefragung“, http://www.migration-online.de/data/nrwbericht_2009_zft.pdf, (19.04.2016).

Schoen, Harald, „Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung“, *Handbuch Wahlforschung*, (Hrsg.) J. W. Falter/ H. Schoen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2005, S.135-185.

Schultze, R. Olaf, „Wahlverhalten und Parteiensystem. Erklärungsansätze und Entwicklungsperspektiven“, *Wahlverhalten*, (Red.) H. G. Wehling, Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln, 1991, S. 11-44.

STATISTISCHES BUNDESAMT, „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden“, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220117004.pdf?__blob=publicationFile, (10.04.2016).

Şen, Faruk/Goldberg, Andreas, *Türken in Deutschland. Leben zwischen zwei Kulturen*, Verlag C.H. Beck, München, 1994.

Wahlprogramme 2013, „Wahlprogramme und Parteien“, <http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramme1.html>, (15.03.2016).

Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich, „Die Rolle der türkischen Minderheit in Deutschland. Schriften zur Europäischen Integration: Europa und die Türkei: Privilegierte Partnerschaft statt EU-Mitgliedschaft“, http://www.cdusu.eu/images/stories/docs/tuerkei_260805.pdf, (21.04.2016).

Wüst, Andreas, „Eingebürgerte als Wähler. Erkenntnisse aus der Bundesrepublik Deutschland“, *Wiener Hefte*, Heft 1-2003, 1. Jahrgang, S. 113-126.

Wüst, Andreas, „Das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 52/2003, S. 29-38.